

Attac wird zehn Jahre alt

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat sich mit vielfältigen Aktionen einen Namen gemacht. Manche seiner Forderungen werden heute sogar von Regierungspolitikern geteilt.

Seite 2

Erkundung in Gaza

LINKE-Politiker Stefan Liebich reiste mit EU-Parlamentariern und Abgeordneten nationaler Parlamente in den Gaza-Streifen. Im ND-Interview fordert er die Aufhebung der Blockade.

Seite 8

Inge Keller über Ernst Busch

Einst gemeinsam auf der Bühne des Deutschen Theaters Berlin – Ernst Busch und Inge Keller. Sie erzählt von dem Schauspieler und Sänger, der heute vor hundert Jahren geboren wurde.

Seite 15

Standpunkt

Fossile Politik

Von Kurt Stenger

Die Energiekonzerne werden den Regierungsvertretern wohl die Leveten gelesen haben. Über Jahre hatten Union und FDP für den Fall eines Wahlsieges die Verlängerung der AKW-Laufzeiten zugesagt, doch ein Vierteljahr nach Antritt von Schwarz-Gelb hat sich noch nichts bewegt. Was in Kungelrunden von Politik und Wirtschaft genau besprochen wird, erfährt die Öffentlichkeit natürlich nicht. Doch gewiss werden RWE und EnBW die Dringlichkeit ihrer Lage deutlich gemacht haben: Bei den Uralt-Meilern Biblis A und Neckarwestheim 1 steht die – bisher mit technischen Trickereien hinausgezögerte – Stilllegung an, die für die Konzerne richtig teuer würde. Deren Vertreter werden der Regierung klargemacht haben, dass es dann mit einer erklecklichen Beteiligung des Staates an den Zusatzgewinnen leider nichts werde...

Schwarz-Gelb kann man in dieser Frage leicht vorführen, denn die Koalition hat kein Energiekonzept. Die rabiate Kürzung der Solarstromförderung war noch Konsens. Aber dann möchte man die AKW länger laufen lassen, neue Kohlekraftwerke samt CCS-Technologie errichten und auch den Anteil der Erneuerbaren ausbauen. Für derart gewaltige zusätzliche Strommengen gibt es aber nirgends Bedarf. Klar ist daher: Laufen die AKW länger, werden die Erneuerbaren ausgebremst. Eine derart fossile Politik lässt sich dem Wahlvolk nur schwer verkaufen. Kein Wunder, dass sich vor allem die Union mit einer Einigung schwer tut.

Unten links

Vieles können die Menschen von der Natur lernen, wenn sie nur ihren Hochmut ablegen. Ein Schleimpilz beispielsweise, dem wir schon wegen seines unappetitlichen Namens nicht viel zutrauen möchten, ein niedriger Schleimpilz auch noch, wie es in den Nachrichten heißt, hat japanische Forscher mit sensationellen Fähigkeiten verblüfft. Sie legten auf einer feuchten Fläche Haferflocken so aus, dass sie Tokio samt Umland abbildeten, und setzten den Schleimpilz ins Zentrum. Und siehe da, der Pilz wuchs sich zu einem Geflecht aus, das der Struktur des Tokioter Bahnnetzes in Sachen Effizienz und Zuverlässigkeit sehr nahe kommt. Wobei man wissen muss, dass der Schleimpilz nie eine Hochschule oder einen Managerkurs besucht hat. Da wird man natürlich neugierig: Kann man diesem Schleimpilz die Führung der Berliner S-Bahn anvertrauen? Und was passiert, wenn man das Experiment nicht auf der Karte von Tokio, sondern auf dem Organigramm eines Parteivorstands macht? *wh*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-3375

Atomkonzerne machen Druck

Erste Gespräche mit Schwarz-Gelb über Details der gewünschten Laufzeitverlängerung

Von Kurt Stenger

Allmählich wird es ernst mit den heftig umstrittenen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke. Am Donnerstag trafen sich Vertreter der schwarz-gelben Regierung erstmals mit Konzernvertretern der vier AKW-Betreiber RWE, E.on, Vattenfall und EnBW.

Innerhalb der CDU-FDP-Koalition gibt es Differenzen über die geplante Laufzeitverlängerung für Atommeiler. Dies wurde vor dem gestrigen Treffen mit den Energiekonzernen deutlich. Umstritten ist, um welche Verlängerungsfristen es geht und ob alle 17 AKW betroffen sind. Des Weiteren wird gestritten über die Höhe der Abschöpfung der Extraprofite für die Betreiber, die nach Berechnungen des Öko-Instituts allein zwischen 2011 und 2020 jährlich drei bis vier Milliarden Euro betragen würden. Dem Wahlvolk soll die extrem unpopuläre Entscheidung damit schmackhaft gemacht werden, dass staatliche Zusatzeinnahmen dem Ausbau der erneuerbaren Energien dienen sollen.

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) will eine besonders großzügige Regelung zugunsten der Konzerne und möchte diesen etwa die Hälfte der Zusatzgewinne lassen. Außerdem forderte er am Donnerstag eine möglichst rasche Einigung noch in der ersten Jahreshälfte. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) will dagegen die Laufzeitverlängerung erst im Rahmen eines für den Herbst geplanten Energiekonzeptes regeln und eine Verlängerung »nur« um vier bis acht Jahre. Der CSU-Umweltpolitiker Josef Göppel forderte jetzt, jeden Reaktor »vorher auf Herz und Nieren« zu prüfen und plädierte für Einzelfallentscheidungen.

Die Regierung versuchte, die Bedeutung des Treffens herunterzuspielen. Es handle sich um eine Routinesitzung einer Monitoring-Gruppe, die nur technische Einzel-



Merkel-Puppe beim »Tanz des Todes« – Protestaktion der Organisation »ausgestrahlt« vor dem Kanzleramt Foto: dpa

fragen im Rahmen des Atomkonsenses zu klären habe, sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm in Berlin. Von Seiten der Regierung sollten daran Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) und Staatssekretäre aus dem Umwelt- und Wirtschaftsministerium teilnehmen.

Auf der Tagesordnung stand aber doch ein Punkt, der für die Laufzeitverlängerung von großer Bedeutung ist. Die Konzerne RWE und EnBW, welche die nach gültiger Rechtslage in den kommenden Monaten anstehende Stilllegung ihrer Uraltmeiler Biblis A und Neckarwestheim 1 vermeiden wollen, machen Druck. Sie erhoffen sich

von der Bundesregierung rasch eine Übergangslösung, welche Umweltsprecher Ulrich Wilhelm in Berlin. Von Seiten der Regierung sollten daran Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) und Staatssekretäre aus dem Umwelt- und Wirtschaftsministerium teilnehmen.

Die Umweltverbände übten heftige Kritik an den Regierungsplänen. »Die Bundesregierung riskiert nicht nur den nächsten Atommüll-Gau, wie wir ihn gerade in der Asse erleben. Sie arbeitet auch an ihrem

nächsten Image-Gau als billige Kumpfanin für Großkonzerne«, schimpfte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Greenpeace-Expertin Heinz Smital warf Angela Merkel vor, die Sicherheit der Bevölkerung zu verkaufen, um versprochene Steuergeschenke zu finanzieren. Ein zukunftsweisendes Energiekonzept lasse sich »nicht auf die gefährliche und umstrittene Laufzeitverlängerung für veraltete Atomkraftwerke stützen«. Der Verband kommunaler Unternehmen warnte vor einer »Machtkonzentration« bei großen Kraftwerksbetreibern und einer »eklatanten« Benachteiligung kleiner Stadtwerke.

Haiti: Die Wege für Hilfsmaßnahmen sind frei

Fünf Transportrouten an Land aufgebaut / Flughafen und Seeweg offen / Täglich 150 Landungen

Im Erdbebengebiet von Haiti machen die Hilfsmaßnahmen langsam Fortschritte. Tausende Menschen warten aber immer noch auf Lebensmittel, medizinische Versorgung und Notunterkünfte. Die USA senden weitere Soldaten.

Port-au-Prince/Hamburg (dpa/ND). Bei der Hilfe für die Erdbebenopfer in Haiti hält UN-Generalsekretär Ban Ki Moon die Anfangsprobleme neun Tage nach der Katastrophe für überwunden. »Mittlerweile haben wir ein sehr effektives System aufgebaut, um Engpässe zu umgehen«, sagte Ban am Mittwochabend (Ortszeit) in New York nach einem Gottesdienst für die Toten in Haiti.

Ban berichtete von Fortschritten bei der Verteilung der Hilfsgüter. »Wir haben an Land fünf Transportrouten aufgebaut und die Flughafenkapazität erhöht. Was auch immer an Hilfsgütern ankommt, hat jetzt absolute Priorität.« Mittlerweile stehe den Helfern auch der Seeweg offen. Unterdessen ging die Suche nach



Israelisches Rettungsteam: Erstuntersuchung unter freiem Himmel Foto: dpa

Überlebenden weiter. Nach dem Jahrhundertbeben, bei dem womöglich bis zu 200 000 Menschen starben, fanden Rettungskräfte in den Trümmern noch immer Lebende. So konnten spanische Helfer eine 14-Jährige aus ihrem ein-

gestürzten Haus retten. UN-Nothilfekordinator John Holmes zufolge sind seit dem Beben am 12. Januar etwa 120 Überlebende geborgen worden. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes werden noch vier Deutsche vermisst. Nach bisheri-

Wahl von Bartsch zu Gysis Vize

Lafontaine soll sich entschieden haben

Berlin (ND). Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat am Donnerstag über die Wahl von Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch zum Fraktionsvize befunden. Bartsch bestätigte dem ND die Kandidatur, die Wahl war bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht erfolgt. Das Amt war ihm vor rund einer Woche von Fraktionschef Gregor Gysi angeboten worden, nachdem Bartsch angekündigt hatte, nicht wieder für den Parteivorstand zu kandidieren. Vorausgegangen waren Vorwürfe der Illoyalität gegenüber Parteichef Oskar Lafontaine. Gysi hatte sich diesen angeschlossen. »Ich habe eine Woche nachgedacht und will mich künftig auf die Auseinandersetzung mit der schwarz-gelben Politik und die Entwicklung von Alternativen konzentrieren«, sagte Bartsch dem ND zur Begründung seiner Kandidatur. Die Fraktion musste hierfür einen siebten Stellvertreterposten schaffen.

Lafontaine hat Gysi zufolge inzwischen eine Entscheidung über seine politische Zukunft getroffen. Er kenne die Entscheidung, könne sie aber nicht mitteilen, so Gysi gegenüber dem Sender N24. Lafontaine sei in jedem Fall wie kein anderer in der Lage, auch vom Saarland aus erfolgreich Bundespolitik zu machen. Lafontaine bestätigte derweil der »Saarbrücker Zeitung«, er werde am Sonnabend in Berlin an der Sitzung des Parteivorstandes teilnehmen.

Kurz

Antwerpen ohne Opel

Brüssel (dpa). Opel will seine Fabrik in Antwerpen (Belgien) Mitte des Jahres schließen. Das kündigte Opel-Chef Nick Reilly am Donnerstag in Brüssel an. Gewerkschafter kündigten an, die Fabrik zu blockieren. Kein neuer Wagen rolle mehr heraus. *Seiten 4 und 9*

NATO in Moskau

Moskau (dpa). 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sollen erstmals bei der Militärparade am 9. Mai in Moskau auch Soldaten der NATO über den Roten Platz marschieren. Dazu hat der russische Präsident Dmitri Medwedjew Einheiten der damaligen Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich eingeladen.

Schriftzug zurück

Warschau (AFP). Der gestohlene Schriftzug »Arbeit macht frei« aus dem NS-Konzentrationslager Auschwitz ist dem dortigen Museum rechtzeitig zu den Gedenkfeiern zum 65. Jahrestag der Befreiung am kommenden Mittwoch zurückgegeben worden.

Sumatra-Stubentiger

Jakarta (AFP). Um das Überleben der vom Aussterben bedrohten Sumatra-Tiger zu sichern, hat die indonesische Regierung verfügt, dass in Gefangenschaft geborene Tiger als Haustiere gehalten werden dürfen.

Seite 3